

UBS-Affäre Zuerst Nein, dann Ja, wieder Nein, und dann hilft die SVP dem Staatsvertrag doch noch

SVP sagte nicht Ja und stimmte dennoch zu

Im zweiten Anlauf stimmt der Nationalrat dem Staatsvertrag mit den USA zu. Das Ergebnis kam dank der Stimmenthaltung der SVP zustande.

Marcello Odermatt, Bern

Ursula Haller enervierte sich ungeheuerlich: «Das kannst du doch nicht machen», rief die BDP-Nationalrätin nach der Debatte zum USA-Staatsvertrag SVP-Nationalrat Bruno Zuppiger hinterher. Die Szene schien fast zu eskalieren, derart kopfschüttelnd und Hände fuchtelnd redete die Bernerin auf den Zürcher ein. Das müsse er sich nicht gefallen lassen, konterte dieser. «Enthaltung ist auch eine Meinung», sagte er und wandte sich rasch ab. Haller blieb «empört» stehen. Dies, obschon sich der Rat zuvor im Sinne der BDP für den Staatsvertrag ausgesprochen hatte, und zwar mit 81 zu 61 Stimmen. Das Ergebnis kam aber nur zustande, weil sich fast die gesamte SVP-Fraktion der Stimme enthielt, inklusive Wirtschaftsvertreter. Doch auf die Palme brachte die

BDP-Frau, dass Zuppiger als Präsident des Gewerbeverbands letzte Woche in einem Brief zum Ja aufrief. «Ich hätte von Herrn Zuppiger mehr politische Glaubwürdigkeit erwartet», so Haller.

«Wir haben gesehen, dass es für ein Ja auch ohne unsere Stimmen reicht», verteidigt sich Zuppiger. «Unsere Taktik ist aufgegangen.» Diese bestand darin, durch Enthaltungen dem Vertrag, den die SVP schlecht findet, zum Durchbruch zu verhelfen. Aus wirtschaftlichen Interessen kann sich die SVP ein Nein kaum leisten. Damit gab die SVP ihre harte Haltung auf, wonach dem Vertrag nur zugestimmt werde, wenn alle Boni-Steuer-Vorstösse vom Tisch sind. Denn die Mitteparteien gaben in diesem Punkt nicht mehr nach. Fraktionschef Caspar Baader (BL) begründete den Schwenker – letzte Woche votierte die Fraktion noch fast geschlossen Nein – damit, dass die SVP 95 Prozent ihrer Forderungen erreicht habe. Gleichwohl machten aber nicht alle Mitglieder bei dieser Strategie mit, 2 stimmten Ja, 13 hingegen waren dagegen. Wären es mehr Nein-Stimmen geworden, hätte die Strategie ins Auge gehen können.

Dies ist Zuppiger und anderen Wirtschaftsvertretern bewusst: «Ja, es be-

stand ein Restrisiko», sagt Unternehmer Peter Spuhler (TG), der sich ebenfalls enthielt, vor einigen Wochen aber noch seine Mühe mit einer Ablehnung bekundet hatte. Hätten mehr Kollegen Nein gesagt, dann hätte er zugestimmt. Von Glaubwürdigkeitsproblemen wollen weder Zuppiger noch Spuhler etwas wissen: «Das Ergebnis genügt der Partei und dient der Sache», so Zuppiger.

Referendumsfrage noch offen

Bei den anderen Parteien hingegen änderte sich das Stimmverhalten nicht mehr. Bei der SP lehnten 36 den Vertrag ab, 3 enthielten sich. Zugestimmt hat nur der Zürcher Mario Fehr. Gespalten waren die Grünen, 10 stimmten Nein, 7 Ja und 5 enthielten sich. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion stimmte, abgesehen von zwei CVP-Mitgliedern, zu. Geschlossen für ein Ja traten die FDP sowie die BDP ein.

Ein Knackpunkt bleibt: Soll der Vertrag dem fakultativen Referendum unterstellt werden? Der Ständerat sagte zwei Mal Nein, der Nationalrat blieb gestern beim Ja. Diese Differenz muss noch bis Freitag bereinigt werden. Die SVP signalisierte, sie hänge den Vertrag nicht am fakultativen Referendum auf.

Sollte das fakultative Referendum rausfallen, was wohl wahrscheinlich sein dürfte, wird die SVP mit der gleichen Strategie – Enthaltung – dem Vertragswerk zum Durchbruch verhelfen.

So stimmten die Zürcher

JA

FDP: Markus Hutter, Filippo Leutenegger, Ruedi Noser. **CVP:** Urs Hany, Kathy Riklin, Barbara Schmid-Federer. **GLP:** Martin Bäumle, Tiana Angelina Moser, Thomas Weibel. **SP:** Mario Fehr. **Grüne:** Bastien Girod. **EVP:** Maja Ingold.

NEIN

SP: Jacqueline Fehr, Chantal Galladé, Christine Goll, Andreas Gross, Daniel Jositsch, Anita Thanei. **SVP:** Alfred Heer, Hans Kaufmann, Natalie Rickli. **Grüne:** Marlies Bänziger, Katharina Prelicz-Huber, Daniel Vischer.

ENTHALTEN

SVP: Max Binder, Toni Bortoluzzi, Hans Fehr, Christoph Mörgeli, Hans Rutschmann, Ernst Schibli, Ulrich Schlüer, Jürg Stahl, Bruno Zuppiger.

NICHT TEILGENOMMEN

FDP: Doris Fiala.

Nationalräte aus SG/SZ

Ja: Jakob Büchler (CVP). **Nein:** Reto Wehrli (CVP), Pirmin Schwander (SVP).

im Auge gehabt haben. Denn es ist klar, dass in einem Abstimmungskampf um den UBS-Staatsvertrag wieder alles miteinander vermischt würde: Abzocker, Bankgeheimnis, «too big to fail»-Problematik und anderes mehr. Damit lässt sich Stimmung und Stimmen machen, auch wenn das eine mit dem andern wenig zu tun hat. Aber wer will schon verantwortungsvoll politisieren, wenn ein paar Prozent Wähleranteil gewonnen werden können?